

BDS-Info.ch

BOYKOTT – DESINVESTITION – SANKTIONEN gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besetzung in Palästina



Protestaktion gegen Fussballspiel Schweiz–Israel, Basel, 14. Oktober 2009

IST SPORT UNPOLITISCH?

Heute sind Sportanlässe, insbesondere der Männerfussball und die Olympischen Spiele, ein gigantisches Polit- und Kommerzspektakel. Für die WM nächstes Jahr baut Südafrika fünf neue Stadien und investiert 1.3 Milliarden Euro. Für ein Land, in dem ein Viertel der Bevölkerung ohne Erwerbsarbeit und ohne Anschluss an fliessendes Wasser lebt, ist das viel Geld.

Für die Durchführung der Olympischen Spiele 2008 hat China 26 Milliarden Euro ausgegeben, allein 23 Milliarden für die Infrastruktur. Solche enormen Ausgaben tätigen Regierungen nur, wenn sie sich einen Gewinn für das Ansehen des Landes erhoffen können. Direkt nach Bekanntgabe der Wahl Chinas als Austragungsort meinte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing, dass die Wahl ein Beispiel für die internationale Anerkennung der sozialen Stabilität Chinas sowie des wirtschaftlichen Fortschritts und des gesunden Lebens des chinesischen Volkes sei.

Auch für Israel ist die Teilnahme an internationalen Sportanlässen ein wichtiger Teil seiner Imagewerbung, mit der das Land Normalität simulieren und vom Konflikt mit der palästinensischen Bevölkerung ablenken kann. So empfing FIFA-Präsident Joseph Blatter am Tag vor dem WM-Qualifikationsspiel Schweiz–Israel den israelischen Ex-Fussballer Spiegel und Vertreter des israelischen Fussballverbandes in der FIFA-Zentrale in Zürich. Spiegel konnte für sein Land werben und sein Verständnis für die arabisch-israelischen Fussballer zum Ausdruck bringen. Solche Treffen helfen auch der FIFA, ihre kommerziellen Interessen hinter einer scheinbar politisch neutralen Kulisse zu verbergen.

Das war in den 80er-Jahren noch anders, als der Westen als vermeintlicher Verteidiger der Menschenrechte versuchte, gegen die Sowjetunion zu punkten. So hatte die FIFA das südafrikanische Apartheidregime bis zu dessen Ende von internationalen Wettkämpfen ausgeschlossen. Laut Artikel 3 der FIFA-Statuten ist „jegliche Diskriminierung eines Landes (...) oder von Personengruppen aufgrund von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Sprache, Religion (...) unter Androhung der Suspension und des Ausschlusses verboten.“ Gemäss diesen Statuten wäre auch Israel ein eindeutiger Ausschlusskandidat.

1985 verabschiedete zudem die UNO-Generalversammlung eine internationale Konvention gegen Apartheid im Sport (Resolution 40/64). Laut einer Untersuchung des südafrikanischen Human Sciences Research Council (HSRC) erfüllt die Politik Israels in den besetzten Gebieten die völkerrechtlich anerkannte Definition von Apartheid (siehe <http://electronicintifada.net/v2/article10578.shtml>). Wenn es um institutionelle rassistische Diskriminierung der PalästinenserInnen durch Israel geht, scheinen die westlichen Regierungen und die FIFA ihre Regeln jedoch zu vergessen.

DISKRIMINIERUNG PALÄSTINENSISCHER SPORTLERINNEN

Die Diskriminierung und Bedrohung palästinensischer SportlerInnen ist eine Facette der institutionellen rassistischen Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel. Sie hindert SportlerInnen an der normalen Ausübung ihrer Disziplinen und bedroht sie an Leib und Leben:

- Laut dem palästinensischen Sportverband Atlas wurden in den letzten neun Jahren 375 palästinensische SportlerInnen auf Jugend- und Profiniveau getötet und rund zweitausend verletzt.



Allein während der israelischen Militäroperationen im Gazastreifen zu Beginn des Jahres wurden drei Fussballer der palästinensischen Nationalmannschaft getötet.

- SportlerInnen aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland werden durch Israel willkürlich an der Aus- und Einreise gehindert, können kaum gemeinsam trainieren, an internationalen Spielen teilnehmen oder Teams aus anderen Ländern einladen.
- Das nationale Frauenfussballteam konnte erstmals 2007 nach Jordanien zu einem Qualifikationsspiel ausreisen. „Die Spielerinnen machten den Match, ohne auch nur die Vornamen ihrer Mitspielerinnen zu kennen.“ (Coach Hilal)
- Durch Checkpoints und Ausgangssperren in den besetzten Gebieten werden regelmässige Trainings und gemeinsame Spiele massiv behindert.
- Infrastruktur und Trainingsplätze im Gazastreifen und im Westjordanland waren wiederholt Ziel israelischer Angriffe; neuerdings droht Israel unter bürokratischem Vorwand mit dem Abriss eines

BOYKOTTE VON SPORTVERANSTALTUNGEN IN SÜDAFRIKA: EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

Als wichtiges Beispiel für eine erfolgreiche Boykott-Kampagne gilt die Antipartheidbewegung in und ausserhalb Südafrikas. Der Boykott des südafrikanischen Sports war ein entscheidender Bestandteil der internationalen Kampagnen für eine Isolation des Apartheidregimes.

Das Prinzip der Rassentrennung und Diskriminierung innerhalb des südafrikanischen Apartheidregimes griff ab 1948 zunehmend auch auf den Bereich des Sports über. Bei internationalen Wettkämpfen wurde Südafrika ausschliesslich von weissen Sportorganisationen vertreten.

Der Aufruf zum Boykott des südafrikanischen Sports ging von lokalen Sportorganisationen aus, die sich gegen die Rassentrennung und Rassendiskriminierung nicht-weisser SportlerInnen innerhalb des südafrikanischen Sports stellten. Ab Mitte der 1950er-Jahre entstand ein breiter Widerstand mit dem Ziel, internationalen Druck auf das Apartheidregime aufzubauen, um so zur Abschaffung der Apartheid in Südafrika zu gelangen. 1955 wurde unter anderem der Verband „Comittee for International Recognition“ gegründet, der nicht-weissen Sportorganisationen aus Südafrika die Teilnahme an internationalen Sportwettkämpfen und Fachverbänden ermöglichen wollte. In dieser Zeit wurde erstmals der südafrikanische Tischtennis-Verband, der ausschliesslich Weissen zugänglich war, aus einem internationalen Dachverband (ITTF) ausgeschlossen. Der weisse südafrikanische Fussball-Verband wurde in der Folge ebenfalls aus dem internationalen Fussball-Verband (FIFA) ausgeschlossen.

In den 1960er-Jahren begannen verschiedene nicht-weisse Sportorganisationen, sich in Südafrika innerhalb grösserer Verbände zu vereinen und alternative Wettkämpfe zu den nur weissen SportlerInnen zugänglichen nationalen Wettbewerben zu veranstalten. 1964 verweigerte man dem Apartheidstaat die Beteiligung an den Olympischen Spielen und auch die Teilnahme an den nächsten Spielen in Mexiko kam aufgrund der Boykottandrohung

mehrerer Länder nicht zustande. 1967 sagte der neuseeländische Rugby-Verband eine geplante Südafrika-Tour ab; es sollten noch viele Aktionen dieser Art folgen. Das Apartheidregime geriet zunehmend unter Druck, da internationale Sportereignisse immer auch mit einem gewissen Prestige und mit Werbung bzw. Propaganda für die beteiligten Länder und ihre Politik verbunden sind. Das Ansehen Südafrikas verschlechterte sich auch aufgrund lokaler Protest- und Boykottaktionen.

Ab den 1970er-Jahren wurden zusätzlich Boykott- und Protestaktionen gegen Sportorganisationen und Länder organisiert, die ihre Beziehungen zu Südafrika aufrechterhielten. Nach 1970 war Südafrika sowohl in der Olympischen Bewegung als auch innerhalb internationaler Sportverbände (etwa Fussball, Basketball, Tischtennis etc.) nicht mehr vertreten. Zuvor hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen mithilfe von Resolutionen 1968 und 1970 die Staaten aufgefordert, alle südafrikanischen Sportorganisationen zu boykottieren, die an der Durchsetzung der Apartheid beteiligt waren. Die Antipartheidbewegung und auch die Vereinten Nationen nahmen in ihren Forderungen wiederholt Bezug auf die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, die 1965 in Kraft trat. Im Kontext des Sports wurde dabei vorrangig die Klassifizierung südafrikanischer SportlerInnen aufgrund ihrer Abstammung statt ihrer Leistung verurteilt und kritisiert.

Die südafrikanischen Organisationen, die sich gegen die Apartheid im Sport stellten, stärkten in den Folgejahren ihre Verbindung zur südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung sowie der nationalen Antipartheidbewegung. Neben der internationalen



Isolierung des Apartheidregimes forcierten die lokalen Gruppen ihren Kampf gegen die Apartheid, bis 1994 die ersten Wahlen in Südafrika mit Beteiligung der schwarzen Bevölkerung stattfinden konnten und das Ende des Apartheidregimes einleiteten.



neuen Fussballstadions, das gerade mit Geldern der FIFA und europäischer Regierungen in al-Bireh bei Ramallah errichtet wird und im Dezember eröffnet werden sollte.

- Palästinensische SportlerInnen in Israel sind oft Opfer rassistischer Angriffe.

ROTE KARTE FÜR ISRAEL

Aufgrund dieser rassistischen Diskriminierung und der Einschränkungen und Übergriffe gegen palästinensische SportlerInnen (siehe Dossier auf www.bds-info.ch) haben 25 Organisationen aus der Schweiz, Deutschland und Frankreich anlässlich des Länderspiels Schweiz–Israel am 14. Oktober 2009 in einer gemeinsamen Presseerklärung den Ausschluss Israels aus der FIFA gefordert. Mit Protestaktionen vor und im Stadion in Basel unterstrichen rund 50 BDS-AktivistInnen diese Forderung und verteilten an FIFA-Präsident Blatter adressierte Protestkarten mit dem Slogan „Rote Karte für Israel“. Einige AktivistInnen hängten während des Spiels im Stadion Transparente mit dem Slogan „Stopp israelischer Apartheid“ auf, die nach kurzer Zeit entfernt wurden.

AKTIVITÄTEN

LEITFADEN ZUM AKADEMISCHEN BOYCOTT ISRAELISCHER UNIS

Der akademische Boykott israelischer Unis erhält insbesondere seit dem Gazakrieg immer grössere Unterstützung. Jetzt ist von der Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (PACBI) ein Leitfadens für den akademischen Boykott und vom israelisch-palästinensischen Alternative Information Center (AIC) eine Untersuchung über die Einbindung israelischer Unis in die staatliche Besatzungs- und Apartheidpolitik erschienen.

Nach den israelischen Militärinterventionen 2002 gegen die zweite Intifada veröffentlichte die englische Zeitung Guardian einen offenen Brief, in dem akademische Kreise und Vereinigungen zum Boykott Israels aufriefen. Im September 2009 schloss die spanische Regierung die Universität der Siedlung Ariel im besetzten Westjordanland von einem Wettbewerb über Solarenergienutzung aus. Da-

zwischen liegt 2004 der Aufruf palästinensischer AkademikerInnen und Kulturschaffender zum akademischen und kulturellen Boykott; ihm folgte ein Jahr später die Gründung von PACBI, das sich heute als Teil der BDS-Bewegung versteht. In der Folge entstanden in England, Spanien, Australien, Schweden, Kanada und jüngst in den USA Organisationen mit einer ähnlichen Stossrichtung.

Im Oktober dieses Jahres veröffentlichte PACBI einen Leitfadens mit Kriterien für den akademischen Boykott, der Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen und Diskussionen der letzten Jahre zieht. PACBI fokussiert den akademischen Boykott auf akademische Veranstaltungen (Konferenzen, Symposien, Ausstellungen etc.) innerhalb und ausserhalb Israels, die von israelischen Institutionen organisiert oder mitgetragen werden; dazu auch auf Kooperations- und Forschungsabkommen (darunter ein fünfjähriges EU-Forschungsprogramm, an dem Israel als einziges nichteuropäisches Land teilnimmt) und schliesslich auf den StudentInnenaustausch mit israelischen Unis, auf Mitgliedschaften von israelischen Unis in internationalen Dachorganisationen und Publikationen in israelischen akademischen Zeitungen. Der Boykottkatalog umfasst insgesamt elf Bereiche der akademischen Zusammenarbeit.

Argumente für den Boykott israelischer akademischer Institutionen hat jüngst das AIC in einer 60-seitigen Studie veröffentlicht, die die vielschichtige Verwicklung israelischer Unis in die Besatzungspolitik beschreibt. Thematisiert werden auch die verschiedenen Facetten der Diskriminierung palästinensisch-israelischer StudentInnen an israelischen Unis. Die Technisierung der Überwachung der besetzten Gebiete trug zur Aufwertung des entsprechenden Forschungsbereichs an den Universitäten und der Verwertung der Forschung durch die Armee bei. Mit dem neoliberalen Wandel der israelischen Gesellschaft haben für die Universitäten staatliche Mittel für die Forschungszusammenarbeit mit Rüstungsfirmen an Bedeutung gewonnen. Das AIC geht daher davon aus, dass der Boykott israelischer Universitäten mehr Wirkung zeigen sein könnte als der Boykott der südafrikanischen Universitäten zur Zeit des Apartheidregimes.

Download des Leitfadens unter <http://www.pacbi.org/> und der AIC-Broschüre unter <http://www.alternativenews.org/publications/>

IMAGETRÄGER KULTUR

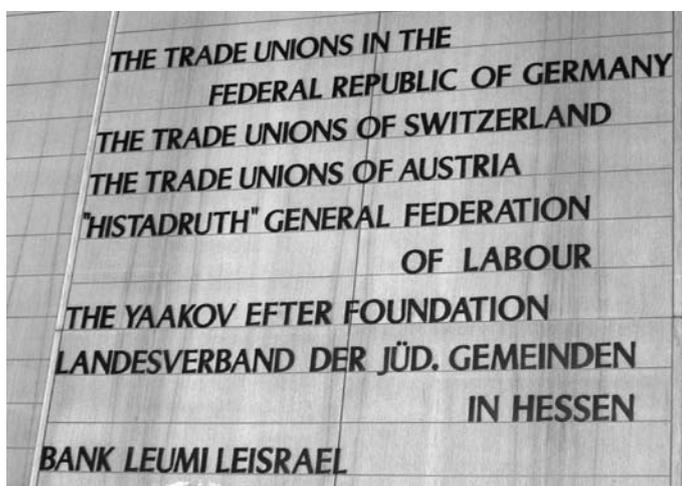
Ob die Buchmesse in Turin, die Filmfestivals in Edinburgh, Toronto und Melbourne oder ein kleines alternatives Kino in Basel: Israel subventioniert Kulturevents, um mit gezielter Werbung sein ramponiertes Image aufzubessern. Solch weltweite Kulturförderung soll Israel als kultiviertes Land auszeichnen und seine Menschenrechtsverletzungen gegenüber der einheimischen arabischen Bevölkerung vergessen machen.

Israel und die jeweiligen OrganisatorInnen vor Ort waren in diesem Jahr dabei immer öfters mit Protesten und Boykottaufrufen konfrontiert. In Edinburgh diesen Mai mit besonderem Erfolg: Nach den Boykottandrohungen verschiedener FilmemacherInnen (u.a. Ken Loach) hat die Leitung des Filmfestivals die zuvor erhaltenen Förder-



mittel an Israel zurückgegeben. Bei anderen Events gab es keinen Erfolg, aber die Notwendigkeit des kulturellen Boykotts wurde erkannt und diskutiert.

Im Juni organisierte das alternative „Neue Kino“ in Basel einen Filmmonat mit israelischen Filmen, den die israelische Botschaft mit einem namhaften Beitrag erst ermöglichte. Obwohl die rücksichtslose israelische Militäroffensive gegen die Bevölkerung des Gazastreifens nur wenige Monate zurücklag, hatten die Verantwortlichen des Kinos keine Bedenken, sich im Programm der israelischen Botschaft als Sponsorin erkenntlich zu zeigen. Die Palästina-Solidarität Region Basel protestierte mit einem offenen Brief und verteilte nach einer nichtsagenden Reaktion des Kinokollektivs im Sommer Flugblätter an die KinobesucherInnen. Das Kino konnte sich trotz seiner politisch-alternativen Grundsätze (noch) nicht entschliessen, das Geld zurückzugeben.



Dankestafel für die Schweizer Gewerkschaften in der Universität Tel Aviv. Die Uni wurde auf dem Boden eines zerstörten palästinensischen Dorfs errichtet.

GEWERKSCHAFTEN UNTERSTÜTZEN DEN BDS-AUFRUF

Mitte September beschloss der englische Gewerkschaftsdachverband an seiner Jahresversammlung eine Motion zur Unterstützung der palästinensischen BDS-Kampagne. Die im TUC (Trades Union Congress) vertretenen Einzelgewerkschaften organisieren 6,5 Millionen ArbeiterInnen. Die englischen Gewerkschaften spielten bereits bei der Boykottbewegung gegen das südafrikanische Apartheidregime eine Vorreiterrolle. Dem Beschluss ist eine jahrelange intensive Lobby-Arbeit der „Palestine Solidarity Campaign“ in den einzelnen Gewerkschaften vorausgegangen.

In Frankreich hat die fortschrittliche Gewerkschaft SUD im Oktober ebenfalls ihre Unterstützung für den BDS-Aufruf beschlossen.

In der Schweiz steht die Diskussion in die Gewerkschaften noch aus. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hatte sich in den 50er- und 60er-Jahren im Schlepptau der SP Schweiz trotz der Diskriminierung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aktiv hinter die israelische Politik gestellt. SP-VertreterInnen gehören heute noch zu den führenden VerteidigerInnen der israelischen Apartheid, beispielsweise die Präsidentin der Gesellschaft Schweiz–Israel, die während des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Januar 09 eine nationale Solidaritätsdemonstration mit Israel in Bern organisierte.

Nachdem eine zionistische britische Zeitschrift dem Vorsitzenden des palästinensischen Gewerkschaftsbunds PGFTU unterstellt

hat, er distanzieren sich vom Boykott-Aufruf, haben alle im Dachverband organisierten palästinensischen Gewerkschaften ihre vorbehaltlose Unterstützung für die BDS-Kampagne bekräftigt. Der palästinensische Gewerkschaftsbund ist auch Teil des BNC, des nationalen Ausschusses der BDS-Kampagne. Für Frühjahr plant der BNC eine intensivere Informationskampagne gegenüber europäischen Gewerkschaftsverbänden, um sie für die formelle Unterstützung der BDS-Kampagne zu gewinnen.

OLIVENÖL UND BDS

Nächstes Jahr lanciert die Palästina-Solidarität zusammen mit anderen Organisationen ein neues Label für Produkte aus Palästina. Gestartet wird das neue Label mit Bio-Olivenöl aus der Westbank. Ziel ist es, die Erwerbsmöglichkeiten für PalästinenserInnen zu fördern und gleichzeitig einen Beitrag zur Änderung der politischen Rahmenbedingungen zu leisten. Ungefähr zwei Franken aus dem Erlös gehen daher an die BDS-Kampagne. Damit wollen wir die wirtschaftliche Unabhängigkeit und den Kampf für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Rückkehr der Vertriebenen stärken.

Interessierte Organisationen und Personen, die beim Verkauf und Vertrieb mithelfen wollen, melden sich bei info@palaestina-info.ch.

KAIROS-DOKUMENT PALÄSTINENSISCHER CHRISTINNEN

Am 11. Dezember 2009 haben namhafte Vertreter der christlichen palästinensischen Gemeinschaft das Kairos-Dokument herausgegeben, in dem sie die Kirchen weltweit unter anderem dazu auffordern, sich unmissverständlich zur Besetzung palästinensischen Landes zu äussern und die BDS-Kampagne als gewaltlose Form der Solidarität zu unterstützen. „(Wir) halten Boykottmassnahmen und den Rückzug von Investitionen für friedliche Werkzeuge, um Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit für alle zu erreichen“, heisst es in dem Dokument. „Kairos“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „passender Moment“. Das palästinensische Kairos-Dokument orientiert sich an der Befreiungstheologie, insbesondere in Südafrika, wo während der Apartheid ein ähnliches Dokument veröffentlicht wurde. Der Text in englischer, arabischer, deutscher und französischer Fassung findet sich unter <http://www.kairopalestine.ps/>

Aktuelle Meldungen über weltweite Aktivitäten der BDS-Bewegung finden sich jeweils unter www.bdsmovement.net (Englisch) und www.bds-info.ch (Deutsch und teilweise Französisch).

Alle bisherigen Ausgaben des BDS-Infos finden sich ebenfalls auf unserer Website unter www.bds-info.ch/ueber_uns

Impressum

Verein Boykott Apartheid – Made in Israel

Postfach 4070, 4002 Basel

Beilage zum Palästina-Info

Kontonr.: PC 40-307393-0

Mail: kontakt@bds-info.ch

Post: Verein Boykott Apartheid, Postfach 4070, 4002 Basel

Besucht unsere Website: www.bds-info.ch

Herbst 09